

FWK Henseler, Andreas
Rathaus Spanischer Bau,
Raum B 229

50667 Köln

Tel. 0221 / 221-23840

Fax 0221 / 221-28770

E-Mail Andreas.Henseler@stadt-
koeln.de

An den
Vorsitzenden des Rates
Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herr Martin Börschel

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 14.05.2014

AN/0715/2014

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	19.05.2014

Auflösung der Stiftung "Stadtgedächtnis"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Börschel,

die Freien Wähler bitten Sie, die nachstehende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 19.05.2014 zu setzen:

Die Stiftung Stadtgedächtnis kann man hinsichtlich der städtischen Beteiligung so zusammenfassen: Zahle 5 Millionen, bekomme nichts. Die Stadt Köln hat offenbar die vierte Version des ökonomischen Prinzips entwickelt und gleich praktisch angewandt: Mit maximalem Aufwand nichts erreichen! Geradezu lächerlich ist, dass die Stiftung mindestens 300.000 Euro einwerben soll. Das entspricht - sollte das städtische Kapital von 5 Mio. schon 2010 bereitgestellt worden sein - einer Verzinsung von unter 2% im Jahr. Das kann man auch mit einer sicheren Anlage erreichen - allerdings ohne das Kapital dafür aufzubrauchen. Hinzu kommt, dass die Stadt sich die 5 Mio. ja geliehen hat. Dafür zahlt sie mindestens 2 % Zinsen, zumal sie es ja wegen "Reichtums" bzw. einer "Strategie" nicht nötig hat, sich günstiger über eigene Schuldverschreibungen zu finanzieren. Selbst Nichtstun hätte der Stadtkasse mehr gebracht. Zumindes steht fest, dass die Stadt Köln offenbar das Prinzip einer Stiftung nicht verstanden hat. Bei diesem geht dabei darum, zusätzliches Geld für städtische Aufgaben von anderen zu bekommen. Dabei soll die Stadt keine eigenen finanziellen Mittel verwenden.

Bei der Stiftung "Stadtgedächtnis" handelt es sich offenbar um eine städtische Geldverschwendung, die dringend beendet werden muss. Angesichts des eingetretenen Desasters, welches auch zu Kritik des Oberbürgermeisters am Geschäftsführer der Stiftung geführt hat,

liegt der Verdacht nahe, dass mit den Stiftungsmitteln nicht sorgfältig umgegangen wurde. Vor diesem Hintergrund fragen die Freien Wähler:

1. Ist das städtische Geld für die Stiftung unter Beachtung des haushaltsrechtlichen Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zum Einsatz gekommen?
2. Welche Sicherungen hat die Stadt bei der Konzeption der Stiftung getroffen, um die Fehlleitung finanzieller Mittel und nutzlosen Aufwand zu vermeiden?
3. Welche Prüfungsmöglichkeiten gegenüber der Stiftung hat die Stadt?
4. Wurden kostengünstige Alternativen - wie z.B. eine Spenden-Abwicklung durch das Stadtarchiv - geprüft?
5. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, wenigstens den nicht verausgabten Rest des Geldes zu retten?

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Henseler